

06.06.14 | **Europawahl**

## Professoren fordern Juncker als Kommissionschef

Es ist eine illustre Namensliste: Ökonomen, Philosophen, Juristen aus ganz Europa streiten für Jean-Claude Juncker als Kommissionspräsidenten. Wer sonst, fragen sie: Er hat doch die Wahl gewonnen. *Von Florian Eder, Brüssel*

Sie hoffen auf einen "neuen demokratischen Prozess" und fürchten, die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union könnten ihn "schon bei seiner Geburt begraben": 45 angesehene Hochschullehrer, viele Ökonomen darunter, Juristen, Rechtshistoriker und Philosophen fordern in einem Aufruf an die europäische Politik: Der nächste Präsident der EU-Kommission soll Jean-Claude Juncker (Link: <http://www.welt.de/themen/jean-claude-juncker/>) heißen.

Die Regierungschefs sollten "Souveränität den europäischen Bürgerinnen und Bürgern zurückgeben" und den Wählerwillen respektieren, der die christdemokratische Europäische Volkspartei zur stärksten Kraft im Europaparlament gemacht hat. "Der Europäische Rat sollte nun den Kandidaten der EVP vorschlagen: Jean-Claude Juncker", heißt es in dem Aufruf, der in verschiedenen europäischen Zeitungen veröffentlicht wird.

"Europas demokratisches Moment" ist der Beitrag überschrieben. Unterschrieben hat ihn unter anderen Hans-Werner Sinn (Link: <http://www.welt.de/themen/hans-werner-sinn/>), der streitbare Präsident des Ifo-Instituts in München. Seine Ökonomen-Kollegen Gustav Horn und Paul De Grauwe finden sich unter den Unterzeichnern, ein ehemaliger griechischer Premierminister, das frühere EZB-Direktoriumsmitglied Lorenzo Bini Smaghi und der Philosoph Jürgen Habermas (Link: <http://www.welt.de/themen/juergen-habermas/>).

### Misstrauen gegenüber Auswahlverfahren

Eine weltanschaulich gar nicht kohärente Gruppe scharf sich da um Juncker. Was sie eint, ist das Misstrauen gegenüber einer als Umdeutung empfundenen Interpretation der Prozedur zur Auswahl des neuen Kommissionschefs: Die Staats- und Regierungschefs wollten nicht wahrhaben, dass die Rechtslage heute erstmals eine andere ist als bei früheren Besetzungen dieses EU-Spitzenamtes.

Tatsächlich ist das Verfahren im Jahr 2014 Neuland für alle Beteiligten. Der Vertrag von Lissabon, das ist der EU-Vertrag in seiner heutigen Form, sieht vor, dass der Europäische Rat bei seinem Personalvorschlag "das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament (Link: <http://www.welt.de/politik/europawahl/>)" berücksichtigt.

Das Parlament "wählt diesen Kandidaten mit der Mehrheit seiner Mitglieder", lautet der Text. Der Lissabon-Vertrag entstand aus den Trümmern des Europäischen Verfassungsvertrags, der scheiterte. Die wirkliche Mitsprache des Parlaments blieb drin und wird nun erstmals angewandt.

### Stefan Collignon verfasste den Aufruf

"Als die Regierungen der Europäischen Union diese Worte im EU-Vertrag festschrieben, wurde dies weithin als ein wünschenswerter Bruch mit der Vergangenheit anerkannt, da von nun an die Besetzung des einflussreichsten exekutiven Amtes der EU in einer offeneren und demokratischeren Weise stattfinden sollte", heißt es in dem Aufruf, den der Ökonom Stefan Collignon verfasst hat, ein Deutscher mit französischer Telefonnummer und Lehrerfahrung und -tätigkeit in Italien, Großbritannien und Amerika.

"Jemand anderes als Jean-Claude Juncker vorzuschlagen käme einer Ablehnung der Fortschritte in den Verträgen gleich. Es würde zudem die ohnehin unsichere demokratische Grundlage der EU weiter aushöhlen – und somit Europaskeptiker auf dem ganzen Kontinent stärken", heißt es in dem Text. Collignons Mitunterzeichner rügen die Argumentation, der Rat müsse frei einen Kandidaten wählen dürfen, den das Parlament dann nur abnickt, wie es früher der Fall war.

"Wir finden es unredlich, zu behaupten – wie von einigen Regierungschefs getan –, dass diese Vertragsänderungen heute ohne Bedeutung seien. Ihr Anspruch ist, als Staats- und Regierungschefs den Kommissionspräsidenten auszuwählen und dass das Europäische Parlament diese Wahl lediglich zu ratifizieren habe."

### **Siegreicher Spitzenkandidat soll Preis erhalten**

Kaum erstaunlich, dass auch das Europaparlament der Ansicht ist, es habe das entscheidende, weil letzte Wort in dieser Frage. Es sind aber auch einige Regierungschefs der Ansicht, Christdemokraten wie Sozialisten, Juncker müsse es nun werden: Sie haben sich im Wahlkampf dafür eingesetzt, dass der siegreiche Spitzenkandidat den Preis mit nach Hause nimmt.

Der Aufruf der akademischen Welt nimmt dies als Angelpunkt seiner Argumentation: Die Kandidaten hätten einen engagierten Wahlkampf geführt, sie hätten "über die Ausrichtung der Europäischen Union gestritten. Kurz gesagt: Dies war die Geburt demokratischer Politik in der EU".

Um einen Mann aber scharft sich die Opposition gegen Juncker, um den britischen Premierminister [David Cameron](http://www.welt.de/themen/david-cameron/) (Link: <http://www.welt.de/themen/david-cameron/>), der mit der Logik der Spitzenkandidatur nichts anfangen konnte, seine Partei hat sich auf EU-Ebene gegen einen eigenen Kandidaten entschieden.

### **Die britische Frage**

Juncker selbst hat im Wahlkampf schon ausgeführt, wie er die "britische Frage" angehen will: Cameron will er vorschlagen, über weitere Opt-outs zu verhandeln, also den Ausstieg aus einigen EU-Politikbereichen. Dafür dürfe Cameron weder einer weiteren Integration der Euro-Zone im Wege stehen noch die grundlegenden Freiheiten der EU verletzen, den Binnenmarkt mit seiner garantierten Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen.

Mit 27 EU-Regierungschefs hat Juncker in der vergangenen Woche telefoniert. Mit einem nicht: dem Briten, der seinem Gesprächswunsch bislang nicht nachkam. Juncker hat sich bei einem Auftritt in der EVP-Fraktion des Europaparlaments laut Teilnehmerangaben zu diesem Gespräch bereit erklärt. Er werde im Streit über seine Nominierung und seine Pläne aber vor der britischen Regierung "nicht auf die Knie fallen".

Am Montagabend wird Juncker-Gegner Cameron mit den Juncker-Skeptikern Fredrik Reinfeldt (Schweden) und Mark Rutte (Niederlande) beraten. Bundeskanzlerin [Angela Merkel](http://www.welt.de/themen/angela-merkel/) (Link: <http://www.welt.de/themen/angela-merkel/>), die versprach, Juncker durchzusetzen, ist ebenfalls dabei.

Sie reist zu dem Treffen auf Reinfeldts Landsitz in Schweden mit einer Umfrage im Gepäck, die die Stimmung in Deutschland widerspiegelt. Die Hochschullehrer sind nicht allein mit ihrer Forderung: Laut dem jüngsten [Deutschlandtrend](http://www.welt.de/128766173) (Link: <http://www.welt.de/128766173>) stimmen 55 Prozent der Befragten der Aussage zu, der Konservative Juncker sollte Kommissionschef werden – selbst wenn Länder wie Großbritannien deswegen mit dem Austritt aus der EU drohten.

### **Der Aufruf im Wortlaut:**

#### ***Europas demokratisches Moment***

*Der Vertrag von Lissabon sieht vor, dass der Europäische Rat einen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten vorschlägt und dabei "das Ergebnis der Wahlen zum*

Europäischen Parlament" berücksichtigt. Er fügt hinzu: "Das Europäische Parlament wählt diesen Kandidaten mit der Mehrheit seiner Mitglieder."

Als die Regierungen der Europäischen Union diese Worte im EU-Vertrag festgeschrieben, wurde dies weithin als ein wünschenswerter Bruch mit der Vergangenheit anerkannt, da von nun an die Besetzung des einflussreichsten exekutiven Amtes der EU in einer offeneren und demokratischeren Weise stattfinden sollte.

Wir finden es unredlich, zu behaupten – wie von einigen Regierungschefs getan –, dass diese Vertragsänderungen heute ohne Bedeutung seien. Ihr Anspruch ist, als Staats- und Regierungschefs den Kommissionspräsidenten auszuwählen und dass das Europäische Parlament diese Wahl lediglich zu ratifizieren habe. Das Parlament hätte bei dieser Interpretation ein Vetorecht, jedoch kein Vorschlagsrecht.

Die größten politischen Parteien haben sich vor der Europawahl mit der Wahl von Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten einer anderen Sichtweise angeschlossen. Aus dieser Perspektive muss der Europäische Rat das Ergebnis der Wahl berücksichtigen. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger hätten somit ein Wort mitzureden bei der Ernennung des Präsidenten der Kommission, die nach wie vor als einziges EU-Organ Vorschläge für europäische Gesetze unterbreiten kann.

Die erste Sichtweise stärkt die Wahrnehmung, dass "Brüssel" Entscheidungen fällt, über die Bürgerinnen und Bürger keine Kontrolle ausüben können. Die alternative Sichtweise zielt darauf ab, Souveränität den europäischen Bürgerinnen und Bürgern zurückzugeben. Sie strebt es an, die überhöhte Macht des Europäischen Rates durch ein demokratisch gewähltes Europäisches Parlament auszugleichen.

Im Geiste des neuen Vertrages haben Europas Parteienfamilien vor der Wahl Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten nominiert. Diese Kandidaten haben auf dem ganzen Kontinent einen engagierten Wahlkampf geführt. Es wurden mehrere TV-Debatten veranstaltet, und die Medien haben sich mit den Kampagnen der Kandidaten auseinandergesetzt. Darüber hinaus, und dies ist entscheidend, haben die Kandidaten über die Ausrichtung der Europäischen Union gestritten. Kurz gesagt: Dies war die Geburt demokratischer Politik in der EU.

Dieses System ist in der Tat nicht perfekt. Nichtsdestotrotz war es ein ermutigender Beginn. Der demokratische Prozess, der in Gang gekommen ist, muss gestärkt werden und wird mit der Zeit europäische Bürgerinnen und Bürger dazu befähigen, sich mit EU-Politik intensiver und besser auseinanderzusetzen, als dies bis jetzt der Fall war.

Wir rufen die Staats- und Regierungschefs deshalb dazu auf, diesen neuen demokratischen Prozess nicht schon bei seiner Geburt zu begraben. Wir rufen die Mitglieder des Europäischen Parlaments dazu auf, sich um den Kandidaten zu versammeln, dessen Partei die meisten Sitze erlangen konnte. Die Europäische Volkspartei ist aus den Wahlen als stärkste Parteiengruppe hervorgegangen. Der Europäische Rat sollte somit nun den Kandidaten der EVP vorschlagen: Jean-Claude Juncker.

Dies würde dem Geiste des neuen Vertrags gerecht, und es wäre im Einklang mit der Art und Weise, wie die Wahl des höchsten exekutiven Amtes in den meisten unserer nationalen Verfassungen festgeschrieben ist: Nach einer Wahl lädt der Präsident oder Monarch den Kandidaten der größten Partei dazu ein, den ersten Versuch zu unternehmen, eine Mehrheit auf sich zu vereinen.

Jemand anderes als Jean-Claude Juncker vorzuschlagen käme einer Ablehnung der Fortschritte in den Verträgen gleich. Es würde zudem die ohnehin unsichere demokratische Grundlage der EU weiter aushöhlen – und somit Europaskeptiker auf dem ganzen Kontinent stärken.

Stefan Collignon

Simon Hix

Jürgen Habermas

*Costas Simitis*

*Lorenzo Bini Smaghi*

*Tony Giddens*

*Claus Offe*

*Ullrich Beck*

*Hans-Werner Sinn*

*Christian Lequene*

*Brian Unwin*

*Antonio Padoa Schioppa*

*Sebastian Dullien*

*Ulrich Preuss*

*Nadia Urbinati*

*Roberto Castaldi*

*Ettore Greco*

*Lucio Levi*

*Gianfranco Pasquino*

*Enrico Calossi*

*Massimiliano Guderzo*

*Giuseppe Martinico*

*Francesco Gui*

*Daniela Schwarzer*

*Flavio Brugnoli*

*Graham Bishop*

*Bernard Steunenberg*

*Gustav Horn*

*Graham Avery*

*Karl Kaiser*

*Paul Jaeger*

*John Loughlin*

*Leila Simona Talani*

*Francisco Pereira Coutinho*

*Jerónimo Maillo*

*Edoardo Bressanelli*

*Mario Telò*

*Piero Graglia*

*Bertrand de Maigret*

*Stéphanie Novak*

*Annabelle Laferrère*

*Matej Avbelj*

*Steven Hasleler*

*Paul De Grauwe*

*Sebastian Diessner*

---

© Axel Springer SE 2014. Alle Rechte vorbehalten